

A S P E K T E

P.B.B.

März 1975 Nummer 58

Erscheinungsort: Wien

Verlagspostamt: 1040 Wien

EINLADUNG zur KONFERENZ von OFFENSIV LINKS  
und seiner BEFREUNDETEN ORGANISATIONEN  
ORT: 1040 Wien, Treitlstraße 3 (Gewerkschaftshaus)  
Zeit: 12. April 1975 - 14 Uhr  
Teilnehmerbeitrag: S 20.--

TAGESORDNUNG:

- 1.) Nationalratswahlen 1975
  - a) Diskussion an Hand beiliegender Materialien
  - b) Anträge und Beschlüsse
- 2.) 1. Mai 1975
- 3.) Koordinationsfunktion von OL
- 4.) Allfälliges

---

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Freie Österreichische Jugend-Bewegung für Sozialismus, f.d. Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10 - Tel.: 65 19 52.



Am Sonntag, den 2. März 1975 fand in der Großfeldsiedlung eine Besprechung von folgenden Organisationen und Gruppen statt: Arbeiterkampf, Demokratische Sozialisten, FÖJ-Bewegung für Sozialismus, Rätsozialisten und Verband marxistischer Arbeiterjugend (VMA). An der Beratung nahmen 36 Delegierte teil.

Um eine weitere Diskussion der einzelnen Organisationen zu ermöglichen, wurde eine weitere Tagung für den 12. April 1975 festgelegt. Für die Vorbereitung dieser Konferenz wurde folgende Kommission gewählt: Jarosch, Makomaski, Mayer, Modlik, Pohoryles, Keiterer, Vogt und Winter. Diese Kommission hat sich zweimal getroffen. Da es unmöglich erschien, eine einheitliche Diskussionsgrundlage auszuarbeiten, wurden von den Mitgliedern der Kommission drei Materialien ausgearbeitet, die nun vorliegen.

+++

## I. WIR MÜSSEN KANDIDIEREN!

### Für eine Wahlbeteiligung einer linken Liste an den NR-Wahlen 75

Einleitung: Wir wollen hier nicht "für die Arbeiterklasse" sprechen. Dazu sind wir zu unbedeutend. Daher bewegen sich alle Argumente auf taktisch politischer Ebene. Bei den Befürwortern einer Kandidatur geschieht dies bewußt. Bei den Gegnern nach Ansicht der Befürworter unbewußt, auch wenn sie von "Klassenentscheidungen" sprechen. Dazu stellen die Befürworter fest: Es mutet sonderbar an, wie sehr gerade die angeblich Antiparlamentarischen dem parlamentarischen Kräfteverhältnis Gewicht beimessen. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Auch die Befürworter halten diese Kräftekonstellation für nicht unwichtig. Allerdings glauben sie, daß es nicht so entscheidend ist. Insbesondere besteht die Gefahr eines autoritären Staates auch mit der Sozialdemokratie (vergl. BRD). Sie übernehmen damit die Einschätzung der Sozialdemokratie aus den "Grundsätzen der FÖJ-BFS" Punkt 4-6, vor allem 4.6.7. und 4.6.9.

1. Wir müssen davon ausgehen, daß in unserer derzeitigen Situation Politik gleichgesetzt wird mit parlamentarischer Politik. Das bedeutet, daß grundsätzlich nur das als politische Betätigung betrachtet wird, was sich innerhalb und in bezug auf die allgemeinen Vertretungskörper abspielt. Bereits die Berufsvertretungskörperschaften werden nur mehr am Rande der "Politik" angesiedelt. Außerinstitutionelle Aktionen, von der Demonstration bis zur betrieblichen Kleinarbeit hingegen haftet das Odium des nicht ernst zu nehmenden an, im besten Fall mit herablassenden Wohlwollen, im schlimmsten Fall als krimineller Akt betrachtet. NR-Wahlen hingegen sind Politik, mit allen Bezügen, was man darunter auch verstehen mag. Damit wird aber eine gewisse politische Feinfühligkeit und Aufmerksamkeit hergestellt, wie sie sonst nur bei außerordentlichen Anlässen - übrigens sind auch NR-Wahlen im gewissen Sinn außerordentliche Vorkommnisse - zustandekommt.

2. Diese politische Sensibilität ist unbedingt auszunützen. Darüber besteht übrigens allgemeine Übereinstimmung unter uns. Gerade politische Gruppierungen, die sich als nichtparlamentarische verstehen, müssen sie nützen, denn diese Politisierung bietet eine der wenigen Gelegenheiten, die eigene Haltung als Politik zu vermitteln. Wahlzeiten sind also Zeiten, welche günstige Möglichkeiten für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit bieten. Diese Öffentlichkeitsarbeit ist sowohl intensiv - Gewinnung von Sympathisanten und Mitarbeiter - wie auch extensiv zu betreiben - als Bekanntmachung des eigenen Namens und Propagierung politischer Linien. Genügt dazu eine "Intervention" in den Wahlkampf oder ist eine eigene Kandidatur nötig?

3. Eine "Intervention ohne Kandidatur" würde nicht ernst genommen. Wir würden je nach der Haltung, die wir einnehmen, als getarnte SP-ler oder KP-ler betrachtet werden - was allen Beteiligten nur schaden kann. Mit einer Intervention ohne Wahlbeteiligung würden wir uns genau des Vorteils begeben, als "politische" Organisation aufzutreten, d.h. genau die Gelegenheit versäumen, die eine NR-Wahl bietet. Damit würden wir aber auch die extensive Öffentlichkeitsarbeit vernachlässigen bzw. aufgeben. Jedoch ist diese für eine intensive - die Gewinnung von Mitarbeitern - eine wichtige

Voraussetzung. Intervention ohne Kandidatur hieße also de facto Verzicht auf die eigene politische Persönlichkeit. Sie wäre Selbstmord mit großem Aufwand.

4. Ein weiterer wesentlicher Punkt für eine Kandidatur ist, daß sie die beteiligten Gruppen und Tendenzen zu einer Vereinheitlichung auf einer gewissen Basis zwingt. Auf einer gemeinsamen Liste vereinigt, besteht die Notwendigkeit, das Einigende herauszustreichen und zu betonen. Die Differenzen sollen dadurch nicht verleugnet werden. Sie werden in einer späteren Phase, sobald ein politisches Engagement der Angesprochenen eintritt, sowieso zur Sprache kommen. Trotzdem kann diese Notwendigkeit zur Betonung des Gemeinsamen tatsächlich dazu führen, das Gemeinsame besser zu sehen, Scheingegensätze auszuräumen und so zu einer besseren Zusammenarbeit und einem echten Vereinheitlichungsprozeß führen. Daran sollten vor allem Genossen erinnert werden, welche die Dringlichkeit einer einheitlicheren Linken außerhalb der KP sehen. Der Organisations-egoismus würde also durch eine Kandidatur eher unterdrückt als gefördert.

5. Eine eigene Liste hätte zwar keine Chance, ein Mandat zu erreichen, sie könnte jedoch sowohl für SP wie für KP eine gewisse Bedrohung darstellen (SP: Stimmen für Restmandat, KP: Stimmen fürs Grundmandat). Nun kann man das positiv oder negativ bewerten. Tatsache ist, daß eine solche Bedrohung da sein würde, wenn auch in bescheidenem Ausmaß. Gerade dies aber könnte uns in einer Kandidatur von größtem Nutzen sein, denn dadurch müßten SP und KP geradezu teilweise unsere Existenz propagieren. Daß wir für die SP "Kommunisten" (was wir ja auch sind) =Kp-ler sein werden, für die KP hingegen von Kreisky gekaufte Subjekte, ist auch klar, macht aber nichts. Wir erwarten schließlich gar keine positive Beurteilung, weder von SP noch von KP; beides könnte uns nur schaden. Essenz: diese 2 Parteien werden jedenfalls auf uns eingehen müssen. Dies ist keine Trutzkandidatur, sondern das Nutzen eines taktischen Vorteils, Wir sind schließlich kein Debattierzirkel, aber bei permanenter Wahlabstinenz könnten wir dazu verkümmern. Damit wird eine Teilnahme an den Wahlen wiederum zu einer Existenzfrage.

6. Das Argument, wir könnten der KP ihr Grundmandat kosten, ist schwach, da ihre Aussichten sowieso gering sind. Außerdem hat es sich immer gezeigt, daß unsere Sympathisanten mindestens zur Hälfte Abwanderer von der SP sind. Und die würden ansonsten eher bei der SP bleiben als zur KP gehen.

7. Ernstzunehmen ist der Einwand, die Arbeiter würden eine eigene Kandidatur nicht verstehen, da sie sich gegen "ihre" Partei, gegen die SPÖ wenden würde. Läßt man allerdings dieses Argument gelten, so würde jede Betätigung außerhalb der SP unmöglich. Es ist ein Argument der Schwäche. Die Aufgabe der Linken besteht gerade darin, im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Alternative zur SP und zur KP aufzuzeigen und zu vertreten. Kann sie das nicht, so soll sie lieber gleich in diese Parteien gehen. Alles andere ist Heuchelei oder Unfähigkeit. Und dies gilt grundsätzlich auch für Wahlen. Wir dürfen eines nicht vergessen: daß gerade jene Genossen, die glauben, sie müssen noch in der SP arbeiten, gerade eine Stimmabgabe gegen die SP für sie den BEWUSSTEN BRUCH mit der Sozialdemokratie bedeutet. Diese Genossen - es sind nicht wenige - warten auf unsere Kandidatur: Für sie ist es eine Gelegenheit, sich bewußtseinsmäßig weiterzuentwickeln.

Vorschlag für einen gemeinsamen Schluß:

Befürworter wie Gegner einer Kandidatur sind sich darin einig, daß eine Plattform linker Gruppen über die FÖJ hinaus anvisiert werden soll. Ob sie nun "Offensiv links" heißt oder anders, ist nicht entscheidend. Allerdings hat der Name "Offensiv links" bereits eine gewisse Tradition, auch wenn sie kurz ist und wenig bekannt.

## II. ZUR WAHLTAKTIK DER LINKEN FÜR DEN 5. OKTOBER 1975

1. Für Kommunisten ist die Beteiligung an Wahlen zum bürgerlichen Parlament eine taktische Frage, die sich in die Strategie der Eroberung der Massen für die Revolution als Teilproblem einordnet. Verschiedene taktische Haltungen sind möglich: eigene Liste der revolutionären Organisation; Abstinenz, Boykott der Wahlen; kritische Unterstützung der Liste einer opportunistischen Arbeiterpartei. Die taktische Linie, die konkret eingeschlagen wird, bestimmt sich nach der jeweiligen politischen Situation.

2. Die politische Situation, die in Österreich vorliegt, weist die folgenden Merkmale auf: Existenz einer SPÖ-Alleinregierung seit 1970, der ersten seit 1945; trotz pro-kapitalistischer Politik dieser Regierung folgt die große Mehrheit der Arbeiterklasse immer noch der SPÖ und den von dieser dominierten Gewerkschaften; enorme Anstrengungen der Bourgeoisie, ihrer Parteien, um mittels eines Wahlsieges über die SPÖ an die Hebel der Regierungsmaschinerie zurückzukehren: Fehlen größerer Klassenkämpfe, in die wesentliche Teile der Klasse einbezogen wurden: zunehmende Krisenerscheinungen, zum Teil "chilenischen" Methoden der Unternehmer zuzuschreiben, wobei die ÖVP die Aufgabe übernimmt, sich aufzuspielen und die Schuld der SPÖ-Regierung demagogisch zuzuschieben; Stagnation der Linkskräfte.

3. Die dargelegte politische Situation spricht deutlich für eine Teilnahme der Linkskräfte an der Parlamentswahl am 4. Oktober.

Die mögliche Ablösung der SPÖ-Alleinregierung durch eine bürgerliche Regierung auf Grund der Wahlen kann sie nicht gleichgültig lassen. Wahlenthaltung fällt daher weg.

4. Die nächste Überlegung muß natürlich der Frage der eigenen linken Liste gelten. Folgende Fragen stellen sich: Hat die Linke in der letzten Periode größere Fortschritte gemacht, ist sie wenigstens in Teile der Massen eingedrungen, so daß man bereits von einer gewissen Verankerung im Bewußtsein der Massen, sprechen kann? Ist der Spielraum zwischen der auf die SPÖ (und KPÖ) entfallenden (schätzungsweise) Stimmzahl und jener, die auf die auf die bürgerlichen Parteien entfällt, genügend groß,

so daß die eigene Kandidatur der Linken sich nicht zugunsten der bürgerlichen Parteien auswirken könnte? Die erste Frage ist, nüchtern geprüft, zu verneinen: die linken Kräfte stagnieren heute. Was die Antwort auf die zweite Frage anbelangt, so muß daran erinnert werden, daß allgemein für den 4. Oktober ein "Kopf-an-Kopf"-Rennen von SPÖ und ÖVP vorausgesagt wird. Das bedeutet, daß unter Umständen eine geringe Stimmendifferenz den bürgerlichen Parteien zur Mehrheit verhelfen könnte. Auch dieser Umstand spricht also gegen die eigene Liste der Linken. Bemerkte muß hier werden, daß bei Wahlen im Betrieb (Betriebsratswahlen, Arbeiterkammerwahlen..) SP-Arbeiter oft ihre Stimme einem linken Kollegen geben, von welchem sie sich eine wirksamere Vertretung ihrer Interessen versprechen. Bei Parlamentswahlen jedoch zeigt sich dann, daß diese SP-Arbeiter wider "ihre" Partei, die SPÖ, wählen, befangen in ihren parlamentarischen Illusionen.

5. Die Frage nach der angeblichen Notwendigkeit einer Wahlpräsenz der Linken mit eigener Liste, um den Arbeitern den "revolutionären Fol" sichtbar zu machen, geht in Wahrheit einer Prüfung der gegebenen politischen Situation und den aus ihr abgeleiteten taktischen Überlegungen aus dem Wege. Eine solche abstrakte, rein propagandistische Haltung verzichtet im Grunde auf eine auf längere Sicht berechnete planmäßige Einflußnahme auf die SPÖ-Basis, aus der allein die Linke eine Massenbasis gewinnen kann. Diese Aufgabe steht aber als wichtigste vor der Linken. Ohne an ihre Lösung heranzugehen, verurteilt sich die Linke zur Selbstisolation.

6. Die oben unter P.2 skizzierte aktuelle politische Situation legt für die Wahl am 5. Oktober 1975 wahltaktisch die kritische Unterstützung der SPÖ nahe. Sie würde im Grunde eine faktische Einheitsfront der Linken mit der Masse der SP-Arbeiter, wenn auch vorerst auf der untersten Aktionsebene, nämlich Wahlen, bedeuten. Kritische Unterstützung heißt, daß die Linken mit der Wahlunterstützung der SPÖ die volle Kritik an der opportunistischen Politik der SPÖ-Führung verbinden und klar und offen vor den Arbeitern aussprechen. Diese Kritik bezieht sich auf die prokapitalistische Politik der SPÖ-Regierung, auf ihr Festhalten

an der "Sozialpartnerschaft", auf die Halbheiten ihrer Reformpolitik, die auf jede Aktivierung und Mobilisierung der Arbeiterklasse verzichtet, einer solchen entgegenwirkt. Diese Kritik wendet sich gegen jede Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien und Kräften, gegen jede Zusammenarbeit, welchen Namen sie auch annimmt, mit bürgerlichen Parteien, entwirft aber gleichzeitig ein anti-kapitalistisches Kampfprogramm, das von den unmittelbaren Forderungen der Massen ausgeht und die Notwendigkeit von Schritten in sozialistischer Richtung aufzeigt, die nur durch die außerparlamentarische breiteste Mobilisierung der Massen in Betrieben und Wohnvierteln, durch Schaffung von Basis-Komitees, die Frauen, Jugend, Betriebsarbeiter erfassen, und aktivieren, zu realisieren sind.

Diese Verbindung von wahltaktischer kritischer Unterstützung der SPÖ mit der revolutionären Kritik, der Propagierung eines Entwurfs revolutionärer Politik, nützt das gerade vor der Wahl am 4. Oktober erhöhte politische Interesse, um die Arbeiter an die revolutionäre Sache heranzuführen, ihr Bewußtsein zu heben. Diese Wahltaktik stellt kein Novum dar; sie wird z.B. von linken Gruppen, Organisationen in Frankreich angewendet, allerdings unter günstigeren Bedingungen (2 Wahlgänge). Sie wird dort ebenfalls durch die zahlenmäßige Schwäche der linken Organisationen im Verhältnis zu den traditionellen Parteien bedingt.

7. Diese Linie der allgemeinen wahltaktischen kritischen Unterstützung der SPÖ am 5. Oktober wird nur für den Wahlkreis Wien variiert. Hier hofft die KPÖ, das Grundmandat zu erreichen, wozu sie rund 5000 Stimmen gewinnen müßte. Dieser Umstand spricht ebenfalls gegen eine eigene linke Liste für den 5. Oktober: sie könnte die Aussicht der KPÖ auf Erringen des Grundmandats verringern <sup>und</sup> der KP-Bürokratie ermöglichen, die Schuld auf die Linke abzuwälzen. Für den Wahlkreis Wien lautet daher der Vorschlag, entweder für die SPÖ oder für die KPÖ zu stimmen. Arbeiterwählern, linken Wählern bleibt es so überlassen sich für die SPÖ oder KPÖ (die für das Grundmandat kämpft) zu stimmen. Mit diesem Vorschlag verbindet sich nicht die kleinste Illusion über die KPÖ, ihre Politik, die die Linken als opportunistisch ebenso bekämpfen wie die der SPÖ. Auch über die Rolle eines KPÖ-

Abgeordneten im Parlament haben die Linken keine Illusionen: bestenfalls wird er die Tagesinteressen der Arbeiter ohne Rücksichtnahme auf die "Sozialpartnerschaft" verfechten. Es ist klar, daß die Bourgeoisie und die SPÖ-Führung keinerlei Interesse daran haben, die KPÖ ins Parlament wieder einzuziehen zu sehen. Sie werden alles tun, um es zu verhindern. Die Linken werden ihnen dazu keine Handhabe liefern, wie z.B. durch eine eigene linke Liste für den 5. Oktober.

8. Die hier dargelegte Wahltaktik für den 5. Oktober würde sicherlich, wenn sie von genügend starken Kräften der Linken realisiert werden könnte, einen Wiederhall in der SPÖ-Basis, besonders in der Jugend, insbewußteren Arbeiterschichten, linken Tendenzen, finden. Entscheidet sich die Linke für diese Wahltaktik, dann sollte ein Aktions-Komitee geschaffen werden, das ein Wahl-Manifest ausarbeitet, seine Vorbereitung organisiert, ab September, wenn nicht früher schon, versucht, in öffentlichen Versammlungen den Standpunkt der Linken zur Wahl am 5. Oktober bekanntzumachen und so die ersten Schritte in Richtung: Schaffung einer ersten Massengrundbasis, oder besser: Vorbereitung einer solchen, zu setzen. Ohne eine solche droht der Linken ein weiteres Verbleiben am Rande der Arbeiterbewegung in einer Situation, die eine revolutionäre, in den Massen auch nur einigermaßen verwurzelte Linke wahrhaft nötig hat, um der Klasse zu helfen, den sozialistischen Weg zu betreten.

III. DIE ERSTE FRAGE IST: Was haben unabhängige Linke von einer eigenen Kandidatur zu erwarten? Wenn irgend eine einzelne Gruppe kandidiert, kann sie nur einen Bruchteil der nicht partei- gebundenen linken Kreise ansprechen. Die übrigen Linken würden auch im Fall einer solchen Kandidatur entweder SP wählen (Angst vor Verlust von deren absoluter Mehrheit), oder aber die KP (reale Möglichkeit, eine Nationalratsvertretung zu erreichen) oder aber aus grundsätzlicher Einstellung oder Verwirrung an den Nationalratswahlen überhaupt nicht teilnehmen. Keine solche Kandidatur hätte Chancen, auch nur einen Achtungserfolg zu erreichen.

Wer immer kandidiert, müßte nach der Wahl mit folgender Situation rechnen:

- a) Nur ein (wahrscheinlich kleiner) Teil des nichtparteigebundenen linken Wählerpotentials könnte mobilisiert werden, das niedrige Stimmenergebnis würde die unabhängige Linke schwächen.
- b) Verfehlt die KP nur knapp ihr Grundmandat (was bei einer solchen Kandidatur leicht möglich ist), würde von der KP gerade dieser Kandidatur die ganze Schuld dafür zugeschoben werden. Angesichts der zu erwartenden niedrigen Stimmenzahl dieser Liste wird die KP-Propaganda dann überdies die Kandidatur selbst als politischen Schachzug Kreiskys denunzieren.

Beides zusammen würde die weitere Entwicklungsmöglichkeit einer unabhängigen Linken in Österreich wesentlich erschweren. (Dazu kann schließlich auch noch der Verlust der absoluten Mehrheit durch die regierende SP kommen).

Eine selbständige Kandidatur unabhängiger Linker ist daher - aus welcher Motivation immer sie geplant wäre - abzulehnen.

Das führt zur zweiten Frage: Was sollen Linke bei der Wahl tun?

Da alle unabhängigen linken Gruppierungen für sich in Anspruch nehmen, die bestehenden Parteien von links zu kritisieren (es würde zu unnötigen Auseinandersetzungen führen, die Berechtigung dieses Anspruchs in jedem Fall zu diskutieren) ergibt sich notwendigerweise die Konsequenz, jene bestehende Partei zu unterstützen, die als am weitesten links stehend zu betrachten ist, das ist konkret die KP.

Dies gilt auch für jene Linken, die von der KP keine echte Linkspolitik erwarten, weil sie auch diese Partei als in das bestehende Herrschaftssystem integriert betrachten. Aber gerade der Beweis für diese Einschätzung wäre leichter zu erbringen, wenn die KP mit einigen Abgeordneten in den Nationalrat kommt. Dort müßte sie beweisen, ob sie noch in der Lage ist, innerhalb des Nationalrates für die Entfaltung des außerparlamentarischen Kampfes zu wirken. Gerade dieses Verhalten würde unabhängig Linken erleichtern, in Kreisen der Arbeiterklasse die wahre Funktion der KP verständlich zu machen.

Für die Stimmabgabe für die KP spricht noch ein weiterer Grund: Die Haltung der SP-Regierung auch während der vier Jahre ihrer absoluten Mehrheit im Nationalrat ist vom Gesichtspunkt gesellschaftsverändernder Schritte mehr als enttäuschend. Es liegt im Interesse der österreichischen Arbeiterklasse, daß dem zu befürchtenden zurückschwanken bestimmter Randwählerschichten vor allem zur VP auf der anderen Seite eine Stärkung der links von der SP stehenden Kräfte gegenübersteht. Die reale Möglichkeit dazu bietet aber allein die KP.